

Schweizerischer Bankiertag vom 16. September 2010

Patrick Odier, Präsident, Schweizerische Bankiervereinigung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren Botschafter

Sehr geehrte Gäste

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Nach meiner Wahl zum Präsidenten der Bankiervereinigung vor einem Jahr habe ich die vordringlichsten Ziele für mein erstes Amtsjahr definiert. Heute möchte ich mich sozusagen selber beim Wort nehmen, und kritisch betrachten, wo wir nach einem Jahr stehen.

Danach werde ich auf unsere Finanzplatzstrategie 2015 eingehen und einen Überblick über Entwicklungen im Regulierungsbereich geben.

Dialog

Unter dem Titel „Dialog“ habe ich mich vor einem Jahr für eine Verbesserung des Dialogs mit Regierung, Verwaltung und Behörden in unserem Land ausgesprochen. Ich habe selber und zusammen mit den Spezialisten der Geschäftsstelle sehr viele Gespräche auf allen Ebenen geführt, und dabei offene Türen vorgefunden. Mit dem seit 1. März 2010 operativen Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) haben wir übrigens einen äusserst verlässlichen Ansprechpartner. Wir haben die Schaffung einer solchen Stelle immer unterstützt und gefordert. Unsere Anliegen und unsere Strategie haben wir im Hinblick auf die vom Bundesrat mit dem Graberbericht im Dezember 2009 verabschiedete Finanzplatzstrategie im Detail erklärt und vertreten. Mit Genugtuung konnten wir dann

feststellen, dass sich deren wichtigste Elemente in obigem Bericht wiederfinden. Diese Strategie stellt heute eine konkrete und glaubwürdige Diskussionsbasis dar, wie wir selber feststellen. Von unseren Behörden hören wir, dass Gespräche mit Nachbarländern auf gutem Weg sind. Sceptikern kann ich in Anlehnung an Galileo Galilei sagen „Und es bewegt sich doch!“. Mit Befriedigung haben wir zur Kenntnis genommen, wie sich der deutsche Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble öffentlich zustimmend über unseren Vorschlag einer Abgeltungssteuer geäußert hat. Der Weg bis zu einem Abkommen ist noch lang, aber es gibt genug Gründe, optimistisch zu sein. Die Verhandlungen können nur dann erfolgreich sein, wenn beide Seiten auf ihre Rechnung kommen. Auch wenn der Finanzsektor zu Konzessionen bereit sein sollte, wird er die Interessen der Kunden auf keinen Fall aufgeben.

Kurz zur Erinnerung nochmals die vier Pfeiler dieser Finanzplatzstrategie 2015.

- **Fokus auf versteuerte Gelder**

Bekanntlich hat die Schweiz den Standard gemäss Artikel 26 des OECD Musterabkommens über die Amtshilfe übernommen und zeitgerecht in revidierten Doppelbesteuerungsabkommen verankert. Damit wird im Einzelfall internationale Amtshilfe bei allen Steuerdelikten gewährt. Mit der Amtshilfeverordnung von Anfang September hat der Bundesrat einen ersten Schritt gemacht. Wir sind der Meinung, dass die Zusammenarbeit der Steuerbehörden untereinander im Sinne der Rechtssicherheit nun rasch in einem Amtshilfegesetz geregelt werden muss.

- **Regularisierung unversteuerter Vermögen**

Das über lange Jahre sorgfältig aufgebaute Vertrauen ausländischer Kunden, respektive die Treuepflicht Schweizer Bankiers stellt die Regularisierung bisher unversteuerter Vermögenswerte ins Zentrum jeder zukünftigen Lösung mit dem Ausland. Jede Vereinbarung muss somit auch den Interessen der steuerpflichtigen Kunden Rechnung tragen. Ohne eine Regelung der Vergangenheit ist eine Zukunftslösung nicht möglich.

- **Schutz der finanziellen Privatsphäre**

Der Schutz der Privatsphäre ist in der Schweiz in allen Bereichen des Lebens zentral und muss erhalten bleiben. Er ist Ausdruck eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Bürger und Staat, aber auch zwischen einer Bank und ihren Kunden. Den gläsernen Bankkunden lehnen wir entschieden ab, und ein automatischer Informationsaustausch, wie er innerhalb der EU verlangt wird, entspricht nicht unserem Verständnis von Schutz der Privatsphäre. Unsere Strategie wahrt die finanzielle Privatsphäre und ermöglicht es

den Kunden gleichzeitig, ihre steuerlichen Verpflichtungen zu erfüllen; effizient und im Sinne eines äquivalenten Vorgehens.

- **Wachstum durch bessere Rahmenbedingungen im Inland und erleichterter Marktzugang**

Voraussetzung zur Erhaltung eines starken Finanzplatzes in der Schweiz ist Wachstum, das durch eine permanente Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit erreicht werden kann. Dafür stehen - neben optimalen Rahmenbedingungen, auf die ich später zu sprechen komme, - die Banken selber in der Pflicht. International ist als Gegenleistung der Marktzugang für Finanzdienstleistungen aus unserem Land zu verbessern. Das ist eines der Hauptanliegen unserer Strategie.

Die Tatsache, dass unsere Strategie mittlerweile von allen Finanzplatzakteuren, auf Behördenseite und im privaten Sektor getragen wird, ist das Resultat eines intensiven Dialoges, welchen die Bankiervereinigung in den vergangenen Monaten mit allen Betroffenen geführt hat. Wir sind jetzt bereit, gemeinsam die Zukunft anzugehen.

Zusammenhalt

Voraussetzung, dass die Schweizer Unterhändler im Ausland erfolgreich verhandeln können, ist, dass sie sich auf eine geschlossene Heimfront verlassen können. Das bringt mich zu einem weiteren Punkt, den ich vor einem Jahr aufgebracht habe; der Zusammenhalt innerhalb der Branche. Es ist für die Umsetzung unserer Strategie und für die Zukunft unseres Finanzplatzes von eminenter Bedeutung, dass wir uns geschlossen hinter unsere Regierung stellen. Bei der Entwicklung unserer Finanzplatzstrategie hat unsere Vereinigung eine - zum Teil von den Medien aufgenommene - Debatte geführt, die nicht immer einfach, aber nötig war. Dadurch haben sich die Reihen in unserem Sektor geschlossen.

Vertrauen

Vertrauen ist alles. Unsere Dialogbereitschaft und der gefestigte Zusammenhalt innerhalb der Branche haben sicher dazu beigetragen, das „Vertrauen“ in den Bankensektor zu verbessern; ein Prozess, der jedoch nie aufhört. Die Banken sind jedenfalls weniger im medialen Rampenlicht als vor einem Jahr.

Vertrauen ist das Fundament, auf das wir die Zukunft unseres Sektors bauen wollen. Ganz besonders hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang das vertrauensvolle Verhältnis zwischen Finanz- und Werkplatz. Die Interdependenz der beiden Bereiche ist

meines Erachtens weder in der politischen noch in der medialen Öffentlichkeit genügend bekannt; geschweige denn beim breiten Publikum. Dabei ist der Finanzplatz, die gesamte Wirtschaft und der Wohlstand in unserem Land untrennbar miteinander verbunden. Starker Finanzplatz! Starke Wirtschaft! Starke Schweiz!

Ich muss die grosse volkswirtschaftliche Bedeutung des Finanzplatzes mit 12% Anteil am Bruttoinlandprodukt, fast 200'000 hochqualifizierten Mitarbeitenden und 15% Anteil am gesamten Steueraufkommen an dieser Stelle nicht besonders betonen. Von einem starken, international ausgerichteten Finanzplatz profitiert auch die Wirtschaft. Sie kommt in den Genuss niedriger Zinsen und es steht ihr genügend Kapital für Investitions- und Betriebskredite zur Verfügung. So blieben Unternehmensfinanzierungen in der Schweiz trotz der Krise zu guten Konditionen verfügbar, während die Firmen im Ausland eine anhaltende Kredit-Klemme beklagten. Eine im Auftrag des SECO, der economiesuisse und der SBVg im Oktober 2009 durchgeführte Umfrage bei 500 schweizerischen Unternehmen liess keinen solchen „Credit Crunch“ erkennen. Im Gegenteil: 40% aller Unternehmenskredite wurden gemäss unseren Berechnungen nicht einmal beansprucht. Niedrige Zinsen schaffen ein wettbewerbsfähiges Umfeld für die Erstellung und den Export von Gütern und Dienstleistungen. Davon profitieren in erster Linie die zahlreichen kleinen und mittleren Unternehmen. Sie haben kaum die Möglichkeit, für die Kapitalbeschaffung auf die internationalen Finanzmärkte auszuweichen. Die Befindlichkeit des Finanzplatzes ist für den Werkplatz äusserst wichtig. Die Tatsache z.B., dass Schweizer Banken die Finanzkrise vergleichsweise gut gemeistert haben, hat einen grossen Einfluss auf den Werkplatz. Vor diesem Hintergrund ist die Interessenlage von Finanzplatz und Werkplatz in hohem Mass kohärent.

Regulierung und Rahmenbedingungen

Zur Erhaltung optimaler Rahmenbedingungen sind wir auf einen kontinuierlichen und offenen Dialog mit den Behörden angewiesen; zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit, aber auch zur Vermeidung von Überregulierung. Deshalb ist es wichtig, dass unser Finanzplatz weiterhin über einen erstklassigen Regulator verfügt und dass die FINMA in Zukunft noch verstärkt wird.

Gerne gebe ich Ihnen nun einen kurzen Überblick über die zur Zeit aktuellen Regulierungsfragen. Ich schicke voraus, dass die Bankiervereinigung keineswegs gegen

sinnvolle Regulierungsmassnahmen ist. Im Gegenteil: massvolle Regulierung gewährleistet Stabilität und Verlässlichkeit und vergrössert den Spielraum für Wachstum und Wohlstand. „Massvoll“ ist hier das Schlüsselwort. Jeder neuen Regulierung müssen die folgenden Prinzipien zugrunde gelegt werden.

1. Differenzierte Ausgestaltung: Eine Einheitsregulierung ist wenig sinnvoll, vielmehr sollte sie den Besonderheiten und Merkmalen verschiedener Finanzinstitute gerecht werden. „One size does not fit all“; wie man in Neudeutsch sagt.
2. Integrale Betrachtung: Gerade in Zeiten vielfältiger Vorschläge ist es wichtig, die kumulativen Effekte aller Regulierungsvorhaben im Blick zu behalten, um ein Überschiessen in der Summe zu verhindern.
3. Berücksichtigung der Folgen für die Realwirtschaft: Eine umsichtige Regulierung und grosszügige Übergangsfristen können negative Auswirkungen auf den realen Sektor begrenzen. Solche hätten fundamentale Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft. Speziell in der jetzigen Situation der wirtschaftlichen Erholung hat dieser Aspekt eine grosse Bedeutung.
4. Fundierte Kosten-Nutzen-Analyse: Potenziell positive Effekte neuer Regulierungsvorhaben müssen gegen mögliche Kosten abgewogen werden. An der Wünschbarkeit systematischer Kosten-Nutzen-Überlegungen halten wir weiterhin fest.
5. Internationale Koordination der Inhalte sowie des Reformtempos: Nur so können ungleiche Wettbewerbsbedingungen und negative regulatorische Arbitrage vermieden werden.

In den vergangenen Wochen und Monaten haben die Regulierungsbestrebungen stark zugenommen; sowohl auf politischer Ebene wie auch bei Regierung und Verwaltung. Wir riskieren, durch Übereifer die oben erwähnten Prinzipien zu vernachlässigen. Das führt zu unnötiger Überregulierung, zum Nachteil des Finanzplatzes und der gesamten Wirtschaft.

Massvolle Regulierung ist in den Bereichen «Too big to fail», Basel III, Eigenkapitalanforderungen, Leverage Ratio usw. ohne Zweifel notwendig. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass die Schweiz im internationalen Vergleich keineswegs im Rückstand ist, im Gegenteil. Die Aufsichtsbehörde in der Schweiz verlangt von allen Banken bereits einen zusätzlichen Puffer in Höhe von 20% der Eigenkapitalanforderungen gemäss Basler Standards. Hinzu kommt, dass sie die Auflagen für die beiden Grossbanken schon im Dezember 2008 massiv verschärft hat. So müssen beide Institute über 50 bis 100% mehr

Eigenkapital als in Basel II vorgesehen verfügen und bis 2013 eine Leverage Ratio einhalten.
Ferner hat die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA im Juni 2010 ein neues Liquiditätsregime für die Grossbanken in Kraft gesetzt.

Schlussfolgerungen

In einer Zeit, in der im Regulierungsbereich enorm viel Bewegung herrscht, dürfen Regulierungsvorschriften in unserem Land nicht zu schnell erfolgen und nicht strenger ausfallen als bei unseren Konkurrenten. Es geht darum, unsere Trümpfe wie Stabilität und Rechtssicherheit zu wahren. Internationale Koordination hat Priorität. Schweizerische Sololäufe lehnen wir entschieden ab.

Die Banken stehen aber auch selber in der Pflicht. Unsere Innovations- und Erneuerungskraft ist die beste Antwort auf die aktuellen Herausforderungen.

Bei der Umsetzung der Finanzplatzstrategie 2015 setzt sich die Bankiervereinigung neben Regelungen im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für alle Marktteilnehmer ein; auf internationaler und nationaler Ebene. Ganz besonders unterstützen wir Rahmenbedingungen, welche es erlauben, die Bedürfnisse sowohl der Geschäfts- wie der Einzelkunden sowohl im Schweizer Retailmarkt wie auch im Hypothekengeschäft möglichst gut zu erfüllen.

Es gilt weiter, unser bewährtes Steuersystem zu erhalten, und dabei die wachstumshemmende Stempelsteuer schrittweise abzubauen. Besondere Aufmerksamkeit müssen wir der Institutionellen Vermögensverwaltung schenken und Voraussetzungen schaffen, welche z. B. die Attraktivität des Standortes Schweiz für Hedge Funds und Private Equity fördert. Weiter stehen alle Berufsgattungen im Bereich der Vermögensverwaltung in der Pflicht, sich gemeinsamen Regeln und Standards zu unterziehen. Und zum Schluss muss die Schweiz im Finanzbereich den Weg zu einem erstklassigen Bildungsstandort weitergehen, um im Wettbewerb der Talente die besten Leute für sich zu gewinnen.

Wenn es uns gelingt - und daran zweifle ich nicht -, uns auf die tiefgreifenden Veränderung in unserem Umfeld einzustellen, diese zu antizipieren, dabei unsere Innovationskraft unter Beweis zu stellen, und unsere traditionellen Vorteile und Werte zu bewahren, schaue ich sehr zuversichtlich in die Zukunft.

Verabschiedung von Urs Roth

Erlauben Sie mir zum Schluss ein paar Worte der Würdigung des scheidenden CEOs der Bankiervereinigung Urs Roth an seinem buchstäblich letzten Arbeitstag anzubringen.

Urs Roth übernahm seine Funktion in einer turbulenten Zeit, hört in einer turbulenten Zeit auf und hat dazwischen einige Turbulenzen erlebt.

Als er am 1. März 2001 sein Büro am Basler Aeschenplatz bezog, war die Debatte um die Holocaustgelder noch nicht ausgestanden. Noch im gleichen Jahr erfolgte der Angriff auf das World Trade Center in New York und die Schweiz wurde voreilig und lauthals bezichtigt, die Terrorfinanzierung zu fördern. Dann begannen die bilateralen Gespräche mit der EU und die regelmässigen Flüge nach Brüssel. Einlegerschutz wurde ein Thema, Basel II und das Referendum zum Freizügigkeitsabkommen mit der EU. Die SBVg setzte sich für das Freizügigkeitsabkommen ein mit Urs Roth als Leitfigur in der Öffentlichkeit und in den Medien. Urs Roth war massgeblich am Aufbau des Swiss Finance Institutes beteiligt, das Anfang 2006 gegründet wurde. Er festigte damit die Bedeutung der Bildung und Forschung für den Finanzplatz. Dann stieg der Druck aus dem Ausland wieder an. Die SBVg lancierte unter der Leitung von Urs Roth den Masterplan. Erste Anzeichen der Finanzkrise gingen im Jahr 2007 am Horizont auf und seit der Affäre mit den gestohlenen deutschen Daten der LGT Bank Anfang 2008 jagten sich die Ereignisse. Die Bankiervereinigung musste die Lage permanent neu analysieren und sich entsprechend ausrichten. Ein ruhender Pol in diesen Wirren blieb Urs Roth, der in der Krise den Dialog mit dem Ausland nicht scheute und im Gegenteil die Kommunikation noch verstärkte. Dabei hat er gleichzeitig zusammen mit Vertretern des Bundes auf höchster Ebene an Auswegen aus der Krise mitgearbeitet. Schliesslich wies die Bankiervereinigung mit der Finanzplatzstrategie 2015 Mitte 2009 der Branche den Weg in die Zukunft. Urs Roth war einer der Architekten und ein früherer Verfechter dieser Strategie.

Urs Roth hat diese Herausforderungen in der Schweiz und im Ausland erfolgreich bewältigt. Ich danke ihm sehr für diesen grossen Einsatz zugunsten unseres Finanzplatzes und unseres Landes.

Im Juni hat der Verwaltungsrat die Nachfolge von Urs Roth geregelt und dessen Stellvertreter Claude-Alain Margelisch zum neuen CEO und Delegierten des Verwaltungsrates gewählt. Damit hat sich das Gremium für Kontinuität ausgesprochen. Ich wünsche Claude-Alain Margelisch alles Gute und viel Glück. Ich bin völlig überzeugt, dass er die Bankiervereinigung in eine erfolgreiche Zukunft führen wird.

Er kann mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle in Basel auf ein hochmotiviertes und bestens qualifiziertes Team zählen. Mein Dank geht auch an diese

Damen und Herren für den grossen Einsatz, den sie in einer äusserst schwierigen Zeit tagein, tagaus, oft sieben Tage die Woche, für den Finanzplatz leisten.